



DIE „ANTIKAPITALISTISCHE LINKE“ –
DAS ANDERE GESICHT DER LINKSPARTEI
IN SACHSEN-ANHALT.

Eine Dokumentation der



JUNGE UNION
SACHSEN-ANHALT

DIE „ANTIKAPITALISTISCHE LINKE“ – DAS ANDERE GESICHT DER LINKSPARTEI IN SACHSEN-ANHALT.

EINE DOKUMENTATION DER
JUNGEN UNION SACHSEN-ANHALT

„Ein Zusammenschluss wie die Antikapitalistische Linke gehört zum normalen Spektrum einer linken Partei.“

*(Wulff Gallert, Ministerpräsidentenkandidat der Linkspartei in Sachsen-Anhalt, Volksstimme, 5.8.2014, abrufbar unter:
http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1320650_Die-SPD-verschreckt-ihre-Waehler.html)*

INHALT

1.	VORWORT	/ 3
2.	DIE „ANTIKAPITALISTISCHE LINKE“ (AKL) IN DER LINKSPARTEI SACHSEN-ANHALT	
	2.1 ZIELE UND MITGLIEDER DER AKL IN SACHSEN-ANHALT	/ 3
	2.2 DIE AKL IN SACHSEN-ANHALT ALS TEIL DER BUNDES-AKL	/ 4
	2.3 DER UMGANG DER FÜHRUNGSSPITZE DER LINKSPARTEI MIT DER AKL	/ 6
3.	ANTISEMITISCHE TENDENZEN VON LINKS	/ 6
4.	„JA“ ZUM MAUERBAU UND „NEIN“ ZUM „UNRECHTSSTAAT“ DDR	/ 8
5.	VERTEIDIGUNG DES ÜBERZEUGTEN KOMMUNISTEN KOCH	/ 9
6.	ZUSAMMENFASSUNG	/ 10

1. VORWORT

Am 13. März 2016 steht Sachsen-Anhalt vor einer wichtigen Richtungswahl.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes haben darüber zu entscheiden, ob die Politik auch zukünftig verlässlich aus der Mitte heraus gestaltet wird, oder ob sie nach links wegrutscht. Es geht bei dieser Entscheidung darum, ob die Aufwärtsentwicklung Sachsen-Anhalts seit 2002 weiter fortgesetzt werden kann, oder ob es ein Zurück zur Negativ-Bilanz unter Rot-Rot wie in den Jahren 1994-2002 gibt. Doch es geht auch um mehr.

Am 13. März 2016 geht es auch darum, wer dieses Land als Ministerpräsident führt und welcher Partei er angehört. Es ist deshalb wichtig, zu wissen, welche Positionen in einer Partei insgesamt vertreten werden und wie die Parteispitze mit bestimmten Geisteshaltungen innerhalb der eigenen Reihen umgeht. Auf Seiten der Linkspartei gehört dazu auch die „Antikapitalistische Linke“ (AKL). Sie ist das andere Gesicht der Linkspartei, welches die Führungsspitze wie eine hässliche Stieftochter vor der Öffentlichkeit möglichst gern verbergen möchte. Herr Gallert sagt abwägend dazu, dieses Gesicht sei „ganz normal“.

Wir als Junge Union sind anderer Meinung als Herr Gallert von der Linkspartei! Wir glauben, dass die Positionen, die die „Antikapitalistische Linke“ als Teil der Linkspartei in Sachsen-Anhalt vertritt, alles andere als „normal“ sind. Deshalb haben wir diese Dokumentation erstellt. Wir wollen damit einen Beitrag dazu leisten, dieses andere Gesicht der Linkspartei stärker als bisher in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dabei stützen wir uns ganz überwiegend auf Verlautbarungen aus den Reihen der AKL selbst. Wir nehmen die „Antikapitalistische Linke“ ernst und schauen dem anderen Gesicht der Linkspartei in die Augen. Wir empfehlen allen politisch Interessierten, dies ebenfalls zu tun.

2. DIE „ANTIKAPITALISTISCHE LINKE“ (AKL) IN DER LINKSPARTEI SACHSEN-ANHALT

2.1. Ziele und Mitglieder der AKL in Sachsen-Anhalt

Mit Datum vom 27. Mai 2013 wurde ein Gründungsaufruf der „Antikapitalistischen Linken“ (AKL) im Landesverband der Linkspartei in Sachsen-Anhalt veröffentlicht.^[1] In ihm heißt es:

- „Im Landesverband Sachsen – Anhalt [der Linkspartei] hat eine Entwicklung stattgefunden, die von Zentralisierung der demokratischen Prozesse innerhalb der Partei und von der absoluten Machtsicherung einer politischen Strömung geprägt wurde.“^[2]
- „Die Konzentration aber zu einer auf Mandate basierten Partei, hat (...) zu einer Entfernung von dem wirklichen Leben der Bürgerinnen und Bürgern geführt. Dabei hat die Linke in Sachsen – Anhalt ihren Status als Kümmererpartei verloren.“^[3]
- „Diese Entwicklung (...) und die Zusammenarbeit mit einer kapitalistisch geprägten SPD, bringen DIE LINKE nicht nach vorn und zeigen immer wieder die Grenzen einer Reform des Kapitalismus. Und so kann die AKL in Sachsen – Anhalt nur den Forderungen im Gründungsaufruf der Bundes AKL folgen: Keine Regierungsbeteiligung in den Ländern und im Bund.“^[3]
- „Neben den vielen Aufgaben, welche bereits im Aufruf der Bundes – AKL verfasst wurden, wird sich die AKL in Sachsen–Anhalt mit folgenden Arbeitsschwerpunkten auseinandersetzen: Hinarbeiten zu einer Parteireform im Landesverband, bei der nicht nur eine Strömung das Sagen hat, in der eine wirkliche Basisdemokratie eingeführt wird und weitestgehend eine Trennung von Amt von Mandat umgesetzt wird.“^[4]

- ... Der Verzicht auf eine Mitgliedschaft in der NATO und EU muss Grundlage des Handelns der Linken in Sachsen-Anhalt werden.“^[6]
- „Eine breite Zusammenarbeit mit linken gewerkschaftlichen Kräften und die Suche eines natürlichen Bündnisses mit anderen Organisationen und Bewegungen muss zu einer Stärkung der antikapitalistischen Kräfte im Landesverband sorgen.“^[7]

Unterzeichnet wurde dieser Gründungsaufwurf durch Bianca Görke, Mario Kühne und Detlef Belau. Erstere sitzt als Nachrückerin für die Linkspartei im Landtag von Sachsen-Anhalt. Mario Kühne, Mitglied im Vorstand der Linkspartei im Harzkreis, fungiert bis heute als Sprecher der AKL Sachsen-Anhalt^[8] und ist darüberhinaus als einziger Vertreter aus den fünf neuen Bundesländern Mitglied im Bundessprecherat der AKL.^[9]

Am 29. Oktober 2013 traten weitere Mitglieder der Linkspartei in die AKL ein. Darunter befanden sich unter anderem auch André Röthel, Mitglied im Landesvorstand der Linkspartei Sachsen-Anhalt^[10] sowie Frank Rösler, Wahlkreismitarbeiter der linken Bundestagsabgeordneten Petra Sitte.^[11] Mittlerweile wurde der Eintrag zur Beitrittswelle mehrerer Mitglieder der Linkspartei Sachsen-Anhalt in die AKL vom 29. Oktober 2013 ganz offensichtlich von der entsprechenden Homepage der AKL gelöscht. Doch der dort nach wie vor vorhandene Eintrag: „CDU Sachsen-Anhalt attackiert AKL“ verrät trotzdem noch immer, dass das „Landesvorstandsmitglied André Röthel, dem Netzwerk der ‚Antikapitalistischen Linken‘ beigetreten“^[12] ist. Sofern hier interessierte Kreise aus übergeordneten Gründen einen Vertuschungsversuch unternommen haben sollten, so ist dieser somit – allen Bemühungen zum Trotz – ins Leere gelaufen.

Anfang Dezember 2013 konkretisierte die linke Nachwuchshoffnung Vincent Streichhahn die Ziele der AKL als innerparteilicher Zusammenschluss der Linkspartei in Sachsen-Anhalt wie folgt: „Wir wollen das antikapitalistische Profil der Partei schärfen (...) Die LINKE muss einen starken antikapitalistischen Kurs fahren, um ihre Daseinsberechtigung nicht zu verlieren.“^[13]

2.2. Die AKL in Sachsen-Anhalt als Teil der Bundes-AKL

Die AKL in Sachsen-Anhalt ist Teil der Bundes-AKL und teilt deren Ziele, die in einem entsprechenden Aufruf vom 9. November 2013 beschlossen worden sind.^[14] In diesem heißt es:

- „Die AKL hat (...) ihren Teil dazu beigetragen, dass dem regierungs- und parlamentsfixierten ‚Pragmatismus‘ in der LINKEN erfolgreich ein antikapitalistisches Programm mit sozialistischem Ziel entgegengestellt wurde, das für Veränderungen vor allem auf gesellschaftliche Bewegungen setzt.“^[15]
- „Die AKL will Forderungen durchsetzen, die das kapitalistische System in Frage stellen, angreifen und letztlich überwinden.“^[16]
- „Wir erklären offen: Unsere Alternative heißt Sozialismus (...) Die Wirtschaft [muss] demokratisch und entsprechend der Bedürfnisse der Menschen mit Respekt vor der Umwelt gestaltet werden. Voraussetzung dafür sind die Überführung der Banken und Konzerne in demokratisch verwaltetes Gemeineigentum und eine Demokratisierung und Wählbarkeit und Abwählbarkeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verwaltungsstrukturen.“^[17]
- „Wir unterstützen jede Verbesserung im Hier und Heute. Das kann die Bildung von Genossenschaften und die Übernahme von Betrieben unter Arbeiterkontrolle bedeuten.“^[18]
- „Die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft ist dazu notwendig.“^[19]

- „Den politischen Widerstand und die Selbstermächtigung der Menschen zu stärken – dafür steht die LINKE und in ihr insbesondere die AKL. Denn der weltweit notwendige grundsätzliche Systemwechsel erfordert weit mehr als nur ein Kreuz in der Wahlkabine.“^[20]

Daneben erhebt die Bundes-AKL u.a. folgende Einzelforderungen:

- „Wir treten für das Recht der Opfer der Troika-Politik ein, aus dem Euro und der EU auszutreten.“^[21]
- „Alle Banken und Versicherungen müssen entmachtet, entflochten und vergesellschaftet werden. Sie gehören unter die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Bevölkerung.“^[22]
- „Überführung der strukturbestimmenden Konzerne der Weltwirtschaft in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Leitung durch die Belegschaft und die Bevölkerung als ersten Schritt zu umfassender demokratischer Vergesellschaftung.“^[23]
- „Für die Abschaffung der Bundeswehr und einseitige Schritte der Demilitarisierung.“^[24]
- „Kündigung der Nato-Mitgliedschaft.“^[25]
- „Entmachtung und Verstaatlichung der bestimmenden Energiekonzerne, Überführung in Gemeineigentum unter gesellschaftlicher Kontrolle ...“^[26]
- „Konsequentes Nein zu Stellenabbau, generelles Verbot von Massenentlassungen.“^[27]
- „Überführung von Betrieben, die sich dem widersetzen, in öffentliches Eigentum.“^[28]
- „Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich: für die 30-Stunden-Woche.“^[29]
- „Derzeit mindestens 12 Euro Mindestlohn und 1050 Euro Mindestsicherung.“^[30]
- „Verkürzung der Lebensarbeitszeit: Rente mit 60 ohne Abstriche.“^[31]

Außerdem legt sich die Bundes-AKL auch zur Frage möglicher Koalitionen fest:

- „Dabei vertritt die AKL die Überzeugung, dass die dafür notwendige Veränderung der gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht über Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien, sondern nur gestützt auf außerparlamentarische soziale Massenbewegungen und gewerkschaftliche Kämpfe erzeugt werden kann.“^[32]
- „Es gilt, den Alltagswiderstand zu organisieren und mit großen Protestkundgebungen und mit Streiks zu verbinden.“^[33]
- „In Deutschland befindet sich DIE LINKE in der Minderheit und es gibt keine Partei im Bundestag, mit der sie in Koalitionen ihre Ziele durchsetzen könnte.“
- „Heute sind für die AKL unverhandelbare Positionen, an denen wir jede Regierungsbeteiligung auf Bundes- und Landesebene sowie Rathaus-Koalitionen auf kommunaler Ebene messen.“^[34]
- Kein Sozial- und Personalabbau; keine Privatisierungen öffentlichen Eigentums

- Rücknahme der Hartz-Gesetze, der Absenkung des Rentenniveaus und der Rente ab 67 und Einführung eines Mindeststundenlohnes nicht unter 12 Euro!
- Konsequenter Ausstieg aus Atom- und Kohleenergie ohne Rücksicht auf die großen Konzerne.“^[35]

2.3 DER UMGANG DER FÜHRUNGSSPITZE DER LINKSPARTEI MIT DER AKL

Der Landesvorstand der Linkspartei in Sachsen-Anhalt beschäftigte sich in seiner Sitzung am 10. Dezember 2013 mit der Gründung der AKL innerhalb des Landesverbandes. In einem Protokoll wurde dazu festgehalten:

- „Zu guter Letzt behandelte der Landesvorstand einen Antrag auf Anerkennung der Antikapitalistischen Linken im Landesverband Sachsen-Anhalt als landesweiten Zusammenschluss. Der Landesvorstand nahm zur Kenntnis, dass alle erforderlichen Kriterien nach unserer Satzung für die Anerkennung formal erfüllt sind.“^[36]

Eine Diskussion über die Ziele der AKL oder gar eine kritische Auseinandersetzung war ausweislich des Protokolls von der Parteiführung der Linkspartei offenbar nicht gewollt. Stattdessen beschränkte man sich lieber auf die geschäftsmäßige Abarbeitung des Antrages und erkannte die AKL achselzuckend als Zusammenschluss innerhalb der Landespartei an.

Der Kandidat der Linkspartei für das Amt des Ministerpräsidenten, Wulff Gallert, ging jedoch wenig später sogar noch einen Schritt weiter, indem er die AKL öffentlich verteidigte. Er sagte: „Ein Zusammenschluss wie die Antikapitalistische Linke gehört zum normalen Spektrum einer linken Partei.“^[37] Was Herr Gallert für „normal“ hält, soll in den folgenden Punkten etwas näher beleuchtet werden.

3. ANTISEMITISCHE TENDENZEN VON LINKS

Maßgebliche Teile der Linkspartei stehen Israel in der SED-Tradition seit langem ablehnend bis feindlich gegenüber.^[38] Dieser unseligen Haltung gegenüber dem jüdischen Staat verpflichtet, luden u.a. die beiden linken Bundestagsabgeordneten Inge Höger – als Mitglied des Bundessprecherrates der AKL, zugleich eine Kollegin von Matrio Kühne– und Annette Groth für den 9. November 2014, dem Jahrestag der Reichsprogrammnacht, zu einer Veranstaltung über sogenannte „Kriegsverbrechen Israels“ ein.^[39] Dabei sollten auch die beiden israel-feindlichen Journalisten Max Blumenthal und David Sheen sprechen.^[40] Im Zuge der weiteren Entwicklung wurde schließlich der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Deutschen Bundestag von den beiden Journalisten bis auf die Toilette hin verfolgt und gefilmt.^[41] In Reaktion darauf unterschrieben mehrere Politiker der Linkspartei eine Erklärung, in der sie die betroffenen Bundestagsabgeordneten faktisch zum Rückzug aufforderten. In der Erklärung heißt es:

- „Es beschämt uns zutiefst, dass die Mitglieder unserer Bundestagsfraktion (...) eine Veranstaltung zum Nahost-Konflikt organisierten, auf der mit den beiden Journalisten Max Blumenthal und David Sheen Personen auftraten, die unzulässige Vergleiche Israels mit der deutschen Nazidiktatur und den Terroristen des ‚Islamischen Staats‘ ziehen.“^[42]
- „Solche Positionierungen schließen eine politische Partnerschaft mit unserer Partei nicht nur aus, sondern wir lehnen sie auch entschieden ab.“^[43]

- „Wir bestehen darauf, gemeinsam keinen Zweifel daran zuzulassen, dass unsere Partei Personen oder Organisationen, die den Zivilisationsbruch der Shoah relativieren oder das Existenzrecht Israels in Abrede stellen, weder eine Plattform bietet noch sich als politische Partnerin anbietet.“^[44]
- „Wir stellen klar: Annette Groth, Inge Höger, Heike Hänsel und Claudia Haydt sprechen nicht in unserem Namen. Wir fordern sie auf, daraus Konsequenzen zu ziehen.“^[45]

Aus Sachsen-Anhalt haben diese Erklärung u.a. der Fraktionsvorsitzende Wulf Gallert, die Parteivorsitzende Birke Bull, die stellvertretende Parteivorsitzende Henriette Quade, der Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn sowie die Bundestagsabgeordneten Petra Sitte und Katrin Kunert unterschrieben.

Parallel dazu führte die Bundes-AKL am 15. November 2014 in Naumburg ein sogenanntes „Ländertreffen“ durch und verabschiedete dort – mitten in Sachsen-Anhalt – ihrerseits eine Erklärung. Darin heißt es:

- „Der AKL-Länderrat erklärt seine Solidarität mit Inge Höger, Annette Groth, Claudia Haydt und Heike Hänsel angesichts der gegen sie gerichteten Erklärung ‚Nicht in unserem Namen‘, die von dem Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn und anderen Funktionärinnen und Funktionären der Partei DIE LINKE unterzeichnet wurde.“^[46]

Der AKL-Sprecher aus Sachsen-Anhalt, Mario Kühne, hat dieser Solidaritätserklärung als AKL-Bundesprecherratsmitglied nicht nur zugestimmt, sondern darüberhinaus auch noch eine weitere Stellungnahme dazu abgegeben. Darin heißt es:

- „In einer beispiellosen Hetzjagd auf Mitglieder der Partei DIE LINKE und Mitglieder des Deutschen Bundestages, stellen ostdeutsche Parteimitglieder das Projekt, welches 2007 begonnen wurde, wieder in Frage.“^[47]
- „Das dabei immer wieder Personen, wie der Bundesgeschäftsführer in führender Position auftritt und somit nicht die Partei einigt, sondern auseinander treibt, kommt einem Missbrauch der Position des Bundesgeschäftsführers gleich.“^[48]
- „Wer jetzt noch behauptet Max Blumenthal und David Sheen seien Antisemiten und Hasser des Staates Israel, hat nur die Absicht, die Kriegseinsätze der israelischen Regierung zu relativieren.“^[49]
- „Die Erziehung zu blinden Gefolgsleuten eines unfähigen Bundesgeschäftsführers, kann nicht Ziel einer positiven Entwicklung innerhalb der Partei sein. Und wenn DIE LINKE im Osten meint, sich zu einer Gesinnungspolizei innerhalb der Partei entwickeln zu müssen, dann werden hier Wege beschritten, die 1989 eigentlich abgelegt worden sein sollten. Niemand in der ostdeutschen Linken hat anderen Mitgliedern vorzuschreiben, was sie oder er zu denken oder zu tun bzw. zu lassen haben. Und niemand hat das Recht Menschen so zu diffamieren und eine Hexenjagd in Gang zu setzen, die seines gleichen sucht.“^[50]
- „Das hier immer wieder dieselben ostdeutschen Führungskräfte auftauchen und massiv die Partei beschädigen, in dem sie in blinder Gefolgschaft und ohne Kenntnisse der Tatsachen solche Art von Dreck unterschreiben, lässt ein Bild der LINKEN im Osten aufzeigen, welches schlimmer nicht sein kann.“^[51]

Die AKL in Sachsen-Anhalt verteidigt damit bis heute eine Veranstaltung, von der der Spitzenkandidat der Linkspartei für die Landtagswahl sagt, dass damit der „Zivilisationsbruch der Shoah (Holocaust) relativiert“ und das „Existenzrecht Israels in Abrede“ gestellt wird. Doch dies scheint für Herrn Gallert alles „ganz normal“ zu sein.

Augenfällig wird dieser Widerspruch auch am Beispiel des AKL-Mitgliedes Frank Rösler. Während Petra Sitte mit ihrer Unterschrift die besagte Veranstaltung vom 9. November 2014 als klar israelfeindlich brandmarkte und faktisch den Ausschluss bzw. Austritt der beteiligten Bundestagsabgeordneten forderte, solidarisierte sich gleichzeitig ihr eigener Wahlkreismitarbeiter als AKL-Mitglied mit eben jenen Bundestagsmitgliedern und verteidigte diese Veranstaltung.

Bis heute wurde kein AKL-Mitglied aus Sachsen-Anhalt wegen der Solidaritätserklärung aus der Partei ausgeschlossen. Nach wie vor arbeitet André Röthel im Landesvorstand der Linkspartei mit. Nach wie vor ist Mario Kühne Mitglied im Kreisvorstand der Linkspartei im Harz und nach wie vor ist Frank Rösler Wahlkreismitarbeiter von Petra Sitte. Von den Konsequenzen, auf die Herr Gallert und Frau Bull auf Bundesebene noch mit starken Worten bestanden, wollten sie auf Landesebene lieber nichts mehr wissen.

Nebenbei sei hier noch angemerkt, dass das Simon-Wiesenthal-Center in New York Ende 2014 eine Liste mit den zehn schlimmsten antisemitischen Vorfällen im Jahr 2014 veröffentlichte und hierbei diesen skandalösen Vorgang an die vierte Stelle setzte.^[52]

4. „JA“ ZUM MAUERBAU UND „NEIN“ ZUM „UNRECHTSSTAAT“ DDR

In der Zeitung „Junge Welt“ erschien am 13. August 2011 ein Artikel, in dem der Bau der Berliner Mauer 50 Jahre zuvor auf perfide Weise gerechtfertigt wurde und sich die Redaktion u.a. „für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe“ bedankte.^[53] Der Sprecher der AKL in Sachsen-Anhalt klatschte dieser Rechtfertigung des Mauerbaus sogleich kräftig Beifall.^[54] In einem Leserbrief zu diesem Artikel schrieb er begeistert:

- „Liebe Autoren der Jungen Welt, die Titelzeilen vom 13.08. waren erfrischend anders (...) Das dumme Geschwätz von einigen Leuten, die sich wichtiger nehmen als sie sind, solltet ihr vergessen. Macht weiter so, ich werde Eure Zeitung weiterhin lesen und mein Abo behalten.“^[55]

Indem Mario Kühne den Autoren der „Jungen Welt“ für ihren Beitrag euphorisch dankte, schlug er den vielen Mauertoten und ihren Angehörigen zugleich verbal ins Gesicht. Für Herrn Gallert ist jedoch auch dies offenbar alles „ganz normal“.

Diese Schönfärberei der SED-Vergangenheit durch die AKL wiederholte sich auch einige Zeit später bei der Debatte um den Begriff „Unrechtsstaat“. Anlässlich der Bildung einer rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen hatten sich die dortigen Koalitionspartner nach einigem hin und her darauf geeinigt, den SED-Staat schlicht als das zu charakterisieren, was er war: ein „Unrechtsstaat“. Auch die Linkspartei in Sachsen-Anhalt beschäftigte sich in jener Zeit auf ihrem Landesparteitag 25. Oktober 2014 in Quedlinburg mit der DDR. Im Gegensatz zu Thüringen konnte sie sich allerdings auch 25 Jahre nach dem Ende der Diktatur ihrer Vorgängerpartei nicht dazu aufraffen, die DDR klipp und klar als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen.^[56] Wulf Gallert scheute diesen Begriff offensichtlich, wenn er sagte: „Allerdings wäre ich froh, wenn wir (...) auf den Begriff Unrechtsstaat verzichten könnten.“^[57] Die AKL in Sachsen-Anhalt wollte dem Spitzenkandidaten der Linkspartei hier natürlich nicht nachstehen und ging gleich zur Vorwärtsverteidigung über. Der Begriff sei eine „politische Keule“ und kategorisch abzulehnen, so Mario Kühne.^[58]

Für diese widersprüchliche Haltung zwischen der Linkspartei in Thüringen und in Sachsen-Anhalt gibt es nur zwei mögliche Erklärungen: Entweder gab es nach Auffassung der Linkspartei auf dem Gebiet des heutigen Thüringen früher eine andere DDR als auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt oder es gibt heute in Sachsen-Anhalt eine andere Linkspartei als in Thüringen. Nicht nur die Existenz der AKL in Sachsen-Anhalt sowie der Einfluss ihrer Funktionäre sprechen für die zweite Variante. Für Herrn Gallert ist jedoch auch dies alles „ganz normal“.

5. VERTEIDIGUNG DES ÜBERZEUGTEN KOMMUNISTEN KOCH

Anfang des Jahres 2011 veröffentlichte die damalige Bundesvorsitzende der Linkspartei, Gesine Löttsch, einen Namensartikel, in dem sie darüber fabulierte, welche Wege wohl am zielsichersten zum Kommunismus führen würden. Wörtlich schrieb sie:

- „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung. Auf jeden Fall wird es nicht den einen Weg geben, sondern sehr viele unterschiedliche Wege, die zum Ziel führen.“^[59]

Gesine Löttsch ging ihre „Wege zum Kommunismus“ jedoch keineswegs allein. So schritt beispielsweise der seinerzeitige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei aus Sachsen-Anhalt, Harald Koch, seit´ an Seit´ mit seiner Parteivorsitzenden. Begeistert rief er aus: „Gesine Löttsch spricht uns Linken aus dem Herzen“. „Mehr als je zuvor“ sei er der Überzeugung, dass der Kommunismus „das noch weite Ziel der menschlichen Gesellschaft ist.“^[60]

Als wenige Jahre später der überzeugte Kommunist Koch aus der Linkspartei ausgeschlossen wurde, verteidigte ihn AKL-Sprecher Mario Kühne weiterhin tapfer gegen alle Vorwürfe. Das ganze Ausschlussverfahren habe den „Charakter einer brutalstmöglichen Abrechnung mit einem ungeliebten Mitglied“ gehabt, bei der „das Recht mit Füßen“ getreten und das „Schiedsverfahren politisch missbraucht“ wurde.^[61] Trotz stellte Kühne klar: „Für die AKL Sachsen-Anhalt wird sich durch dieses Verfahren nichts ändern: Harald Koch wird unser Genosse bleiben, er wird bei uns als Mitglied der AKL Sachsen-Anhalt willkommen bleiben und wir sind uns einer weiterhin guten Zusammenarbeit und Freundschaft sicher. Sollte Harald noch weitere rechtliche Schritte unternehmen, steht die AKL Sachsen-Anhalt an seiner Seite.“^[62]

Für Herrn Gallert ist jedoch auch dies alles „ganz normal“.

6. ZUSAMMENFASSUNG

Wir, die Junge Union Sachsen-Anhalt, wollen mit der vorliegenden Dokumentation über die „Antikapitalistische Linke“ das andere Gesicht der Linkspartei in unserem Bundesland einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Zu diesem anderen Gesicht gehören die Rechtfertigung des Mauerbaus, der schönfärberische Umgang mit der SED-Diktatur und die unbeirrbar Verteidigung eines überzeugten Kommunisten. Dieses Gesicht der Linkspartei ist nach Auffassung ihres Spitzenkandidaten „ganz normal“. Wir als Junge Union meinen, dass diese Haltung nicht ganz normal ist.

Wir meinen aber auch, dass sich eine Koalition mit einer Partei, die als antisemitisch zu wertende Positionen in ihren Reihen duldet, für alle Demokraten verbietet.^[63] Wir sind außerdem der Meinung, dass mit Denjenigen, die geschichtsvergessen auch heute noch Mauerbau und SED-Diktatur rechtfertigen, nicht die Zukunft des Landes gestaltet werden darf. Und wir glauben auch, dass für alle demokratischen Parteien angesichts von Millionen von Toten alle Wege zu vermeiden sind, die zum Kommunismus führen.

Als Junge Union beziehen wir hiermit klar Position. Dies erwarten wir ebenso von den anderen Jugendorganisationen sowie insbesondere von deren Mutterparteien. Wir fordern hier jedoch vor allem die SPD auf, ihre Haltung zur Linkspartei zu klären und ihren Schlingerkurs im Umgang mit den SED-Erben zu beenden! Und wir fordern Frau Budde auf, die Frage zu beantworten, ob sie wirklich dazu bereit ist, mit Herrn Gallert jemanden zum Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes zu wählen, der das Vertreten antisemitischer Position sowie die Schönfärberei der eigenen Vergangenheit in seiner Partei offenbar „ganz normal“ findet.

[1] <http://www.antikapitalistische-linke.de/?cat=19>

[2] Ebd.

[3] Ebd.

[4] Ebd.

[5] Ebd.

[6] Ebd.

[7] Ebd.

[8] <http://www.akl-lsa.de/impressum/hp34z/impressum.html>

[9] <http://www.neues-deutschland.de/artikel/928549.antikapitalistische-linke-waehlt-neue-sprecher.html>

[10] <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/landesgremien/landesvorstand/>

[11] <http://www.petra-sitte.de/kontakt/wahlkreisbuero-halle/>

[12] <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=327#more-327>

[13] Interview mit Vincent Streichhahn, Mitglied der Antikapitalistischen Linken in der Linkspartei Sachsen-Anhalt sowie des Studierendenverbandes SDS und Unterstützer des Marx21-Netzwerks, vom 5.12.2013, abrufbar unter: <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=86#more-86>

[14] http://www.antikapitalistische-linke.de/?page_id=25

[15] Ebd.

[16] Ebd.

[17] Ebd.

[18] Ebd.

[19] Ebd.

[20] Ebd.

[21] Ebd.

[22] Ebd.

[23] Ebd.

[24] Ebd.

[25] Ebd.

[26] Ebd.

[27] Ebd.

- [28] Ebd.
- [29] Ebd.
- [30] Ebd.
- [31] Ebd.
- [32] Ebd.
- [33] Ebd.
- [34] Ebd.
- [35] Ebd.
- [36] „Sofortinformationen“ von der 4. Sitzung des Landesvorstandes der Linkspartei in Sachsen-Anhalt am 10. Dezember 2013
- [37] Wulff Gallert, Ministerpräsidentenkandidat der Linkspartei in Sachsen-Anhalt, Volksstimme, 5.8.2014, abrufbar unter: http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1320650_Die-SPD-verschreckt-ihre-Waehler.html
- [38] Vgl. hierzu u.a.: <http://www.cicero.de/berliner-republik/wie-der-antisemitismus-die-linke-kam/42297>
- [39] Neben diesen beiden luden auch die linke Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel sowie Claudia Haydt, Mitglied im Bundesvorstand der Linkspartei, zu der Veranstaltung ein.
- [40] Vgl. hierzu u.a.: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article134328086/Wo-die-Linke-ist-sind-Israelfeinde-nicht-weit.html>
- [41] Vgl. hierzu: <http://www.fr-online.de/politik/linkspartei-toilettenaffaere-fuehrt-zu-offenem-streit,1472596,29059790.html>
- [42] <http://www.ihrsprechnichtfueruns.de/>
- [43] Ebd.
- [44] Ebd.
- [45] Ebd.
- [46] <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=679#more-679> (Einstimmiger Beschluss des Länderrats der Antikapitalistischen Linken (AKL) vom 15.11.2014)
- [47] <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=684>
- [48] Ebd.
- [49] Ebd.
- [50] Ebd.
- [51] Ebd.
- [52] <http://www.welt.de/politik/ausland/article135851827/Linke-Politikerinnen-auf-Liste-der-Antisemiten-2014.html>
- [53] Vgl. hierzu: Junge Welt vom 13.8.2011
- [54] Die AKL rechtfertigt im übrigen auch an anderer Stelle vehement den Mauerbau. Vgl. hierzu u.a.: <http://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/bewertung-des-mauerbaus-spaltet-die-linke-im-nordosten/150/3092/85005> und: http://www.originalsozial.de/fileadmin/lv/Dokumente/LPT08_2011/NEU_Thesen_zum_50._Jahrestag_der_Berliner_Mauer_13072011.pdf
- [55] <http://www.jungewelt.de/aktuell/rubrik/leserbriefe.php?letterId=18846>
- [56] Vgl.: http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/4_parteitag_2_tagung/dokumente/wer_zukunft_will_muss_sich_der_vergangenheit_stellen/
- [57] http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1350121_Unrechtsstaat-Debatte-entzweit-Linke.html
- [58] Ebd.
- [59] Gesine Löttsch, Junge Welt, 3.1.2011.
- [60] Pressemitteilung von Harald Koch vom 10.1.2011
- [61] <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=586#more-586>
- [62] Ebd.
- [63] Vgl. zu diesem Aspekt insbesondere auch: http://www.salzborn.de/txt/2011_zfp.pdf



Impressum

Junge Union Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstrasse 17 - 39104 Magdeburg
V.i.S.d.P. Landesvorsitzende Julia Scheffler

E-Mail: ju@julsa.de

Die aufgeführten Zitate entstammen im Original den
aufgeführten Quellen.

Stand: 16. April 2015